

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 2

Artikel: Die doppelte Krise der KPF
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338223>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

politische Stabilität, die in Ungarn herrsche, in Frage zu stellen. Moskau könnte sogar, so hoffen diese Kreise, ein Interesse daran haben, nach der Tschechenkrise am Beispiel Ungarns zu beweisen, dass eine Wirtschaftsreform im Schosse der sozialistischen Familie möglich sei. Der *Neue Wirtschaftsmechanismus*, der seit dem 1. Januar 1968 in Ungarn in Kraft steht, gleicht dem Reformmodell Ota Siks. Dies lässt den Schluss zu, dass es letztlich nicht wirtschaftliche Gründe waren, die die Russen zum Einmarsch in die CSSR bewogen, sondern die Freiheit der Rede und der Presse; eine Freiheit, die den Apparatschiks und den Parteivorstehenden in den russischen Grenzprovinzen als «ansteckende Gefahr» erschien.

Nach dem Aufstand 1956 erhielt Ungarn erhebliche Wirtschaftshilfe von Russland, die den jetzigen relativen Wohlstand ermöglichte. Die Tschechoslowakei konnte bis jetzt noch auf keine russische Unterstützung zählen, um die darniederliegende Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. In Budapest führt man dies auf den blutigen Widerstand von 1956 zurück, der die Russen zu einem Einrenken zwang, währenddem der passive Widerstand der Tschechen bis jetzt noch zu keinem Entgegenkommen der UdSSR geführt habe.

Georg Scheuer (Paris)

Die doppelte Krise der KPF

Die stärkste und konservativste Partei der Kommunistischen Internationale ausserhalb des Ostblocks – die KP Frankreichs – befindet sich in einer doppelten Krise, hervorgerufen durch zwei Ereignisse des Jahres 1968: die französische Mairevolte und den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei. *Beide* Ereignisse erschüttern den verkalkten Apparat, bewegen mehrere Oppositionen bis dahin parteitreuer Intellektueller und insbesondere der jungen Generation, Studenten und Arbeiter, soweit sie sich nicht ohnehin schon von der KPF lossagten und unter den Einfluss linksunabhängiger oder linksextremer Gruppen gerieten.

Die beiden Ereignisse – die innenpolitische revolutionäre Krise im Mai und die aussenpolitische sowjetisch-tschechoslowakische Krise im August vorigen Jahres – drängen mit ihren Nachwirkungen und Fortsetzungen naturgemäss zur Revision veralteter Positionen, zur Reform überholter Vorstellungen und Methoden.

Der KPF-Apparat ist aber aussergewöhnlich schwerfällig und ausserdem auch jetzt noch in «unverbrüchlicher Treue» an die sowjetische Parteiführung gebunden. Zum Unterschied von andern kommunistischen Parteien West- und Osteuropas machte die KPF-Führung unter Marcel

Cachin, Maurice Thorez und Waldeck-Rochet alle Wendungen und Windungen kritiklos mit, vom ultralinken zum sozialpatriotischen Kurs 1935, vier Jahre später den Pakt Stalin-Hitler, dann wieder ultrapatriotisch mit Regierungsbeteiligung unter dem Vorsitz de Gaulles, ab 1947 während des Kalten Krieges wieder defätistisch gegen die 4. Republik, seit de Gaulles Machtergreifung 1958 von neuem staatserhaltend im Zeichen der «speziellen» Beziehungen zwischen Paris und Moskau.

Moskauhörigkeit und «Verbürgerlichung»

Die aus Moskau kommenden Weisungen sind weiterhin ausschlaggebend für die gesamte Strategie und Taktik der KPF, ganz gleich, ob Stalin, Chruschtschew oder Breschnew den Ton angeben. Jeder neue sowjetische Purzelbaum gegenüber Tito oder Mao wurde von der KPF-Führung nachgeahmt, manchmal mit leichter Verspätung, zumeist prompt. Alle Hoffnungen, die KPF-Führung werde sich «entwickeln», aus der absoluten Kremlhörigkeit lösen und mit dem Näherrücken ihres 50. Lebensjahres vielleicht doch noch «grossjährig» werden, haben sich als trügerisch erwiesen.

So widersetzt sich der führende KPF-Apparat den Reformbestrebungen im eigenen Lager. Wohl wurde die alte stalinistische Garde mit Jeannette Vermeersch-Thorez zurückgestellt. Der neue Generalsekretär Waldeck-Rochet repräsentierte eine Zeitlang einen bescheidenen Reformkurs. Bald fiel die kommunistische Parteiführung aber in den alten Trott zurück. Waldeck-Rochets Krankheit ist mehr als ein Symbol. Der 19. Parteitag wird – im Februar 1970 in Nanterre – wahrscheinlich einen neuen Generalsekretär bestimmen. Der Kurs wird sich nicht wesentlich ändern.

Mehr als andere kommunistische Parteien des Westens ist die KPF seit einem Menschenalter «verbürgerlicht» und in den französischen Staat sozusagen «hineingewachsen». Zwei Vorgänge förderten diesen Prozess:

1. Die von Moskau im Interesse des französisch-sowjetischen Bündnisses anbefohlene Umstellung der KPF auf Militarismus, Chauvinismus, Regierungsbeteiligung oder grundsätzliche Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung und im Zusammenhang damit Ablehnung oder Bremsung des Klassenkampfes, ausdrücklicher Verzicht auf frühere Formulierungen, wie «proletarische Revolution» und «proletarische Diktatur», stattdessen «demokratische Erneuerung» und «vorgeschrittelte Demokratie», Ausarbeitung eines sogenannten «französischen Weges zum Sozialismus» mit Verzicht auf die frühere Theorie von der Unvermeidlichkeit eines gewaltsamen Bürgerkrieges usw.

2. Das jahrzehntelange organisatorische Wachstum der KPF und der von ihr kontrollierten CGT, des grössten französischen Gewerkschaftsbundes, die Verwaltung vieler Stadtgemeinden, die zahlreichen Karrieren kommunistischer Minister, Senatoren und sonstiger «Würdenträger».

Die KPF wurde durch ihre politische Mauserung und durch ihr Hinein-

wachsen in die bürgerliche Gesellschaft immer weniger «revolutionär» und immer mehr «reformistisch», behielt aber zugleich ihren bürokratischen Zentralismus. Wenn also gelegentlich von einer «Sozialdemokratisierung» der KPF gesprochen wird, muss hinzugefügt werden, dass die KPF wohl in gewissem Sinn «reformistisch» und «revisionistisch», nicht aber demokratisch geworden ist.

Die französische Maikrise . . .

Die französische Mairevolution 1968 platzte nun in unvorhergesehener und brüsker Weise in diese geruhssame Entwicklung. Der plötzliche, unbestimmte Generalstreik von 10 Millionen Arbeitnehmern, begleitet von revolutionären Massendemonstrationen und Betriebsbesetzungen in ganz Frankreich machte nicht nur dem gaullistischen Regime, sondern auch der KPF und der CGT einen radikalen Strich durch jahrelange Rechnungen. Diese Ereignisse waren im innen- und aussenpolitischen Konzept der KPF nicht vorgesehen.

Im ersten Schwung der Mairevolution wurde die KPF von den Arbeiter- und Studentenmassen überrumpelt. Linkssozialistische und linkskommunistische Gruppen, die sonst ein Sektendasein fristeten, bekamen über Nacht unerwartet starken Einfluss.

In einer zweiten Phase gelang es der KPF und der CGT, die revolutionäre Bewegung wieder «in die Hand zu bekommen» und zu stoppen. Sie konnten damit die Existenz des gaullistischen Regimes retten, de Gaulles Präsidentschaft noch um elf Monate verlängern und schliesslich durch Stimmenthaltung die Wahl Pompidous sicherstellen.

Die hervorragende staatserschaltende Rolle der KPF in diesen dramatischen Ereignissen wird von seriösen Beobachtern und Analytikern aller Richtungen und insbesondere auch im gaullistischen Regierungslager anerkannt.

Nur die Kommunistische Partei konnte in Frankreich diese Rolle spielen, denn sie verfügte einerseits vermittels der CGT noch über einen gewissen Vertrauensvorschuss in der Arbeiterschaft und andererseits auf Grund der guten Beziehungen zwischen Paris und Moskau über entsprechenden Kredit im Elysée und im Hotel Matignon (Sitz des französischen Premierministers).

Eine zentrale Rolle spielte dabei Georges Séguy, Generalsekretär der CGT und Politbüromitglied der KPF. Er beschwichtigte einerseits die streikenden Renault-Arbeiter und führte andererseits Geheimverhandlungen mit Georges Pompidou. Die «beiden Georges» (der KPF-CGT-Chef und der damalige gaullistische Regierungschef und jetzige Staatspräsident) wurden mehrmals als die «beiden mächtigsten Männer Frankreichs» bezeichnet; sie vermochten jedenfalls durch persönlichen Einsatz und sorgfältige Rollenverteilung Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.

Die doppelte «Gefahr» revolutionärer Reformen und der Errichtung

einer linksdemokratischen Regierung (eventuell unter dem Vorsitz von Mendès-France, Alain Poher oder François Mitterrand) mit neuem, nicht mehr absolut nach Moskau fixiertem Kurs, wurde damit hinausgeschoben.

Die zwiespältige Rolle der KPF in diesen Ereignissen führte zu neuen Krisen und Spannungen innerhalb der KPF sowie zwischen ihr und den anderen Parteien.

Innerhalb der KPF erhob eine ungewöhnlich starke Strömung gegen die Parteiführung den Vorwurf, im Mai 1968 die revolutionäre Sache «verraten» zu haben. Chef dieser Richtung ist André Barjonet, seit 1946 Sekretär des Volkswirtschaftlichen Forschungszentrums der CGT und Mitglied des Französischen Wirtschafts- und Sozialrates.

Diese «Fraktion» ist der Überzeugung, dass im Mai 1968 «die Macht auf der Strasse» lag und nur «aufgelesen» werden musste, beziehungsweise dass die «sozialistische Revolution wirtschaftlich, politisch und technisch ohne weiteres möglich» war, von den Führungen der KPF und CGT aber infolge «falscher politischer Orientierungen» und «organisatorischer Verkalkung» versäumt wurde.

Selbstverständlich wurde diese ketzerische Fraktion aus der KPF alsbald ausgeschlossen oder verliess die Partei aus eigenen Stücken. Diese Strömung findet aber infolge der Fortdauer der latenten revolutionären Krise in Frankreich weiterhin zunehmend Gehör, nicht nur unter den Studenten, sondern auch unter den jungen Arbeitnehmern der Grossbetriebe, zum Teil direkt in der Mitgliedschaft der KPF und der CGT. Sie übt somit auf den kommunistischen Führungsstab einen ständigen Druck aus. KPF und CGT sind gezwungen, dem in ihren Beschlüssen und Entschliessungen Rechnung zu tragen. Sie müssen radikalere Töne anschlagen, als ursprünglich vorgesehen war. So erklärt sich das «entschlossenerere» Verhalten der CGT in den letzten Monaten. Angesichts neuer Streikdrohungen versucht die CGT jetzt zum Unterschied vom vorigen Jahr, den neuen «Ereignissen» durch befristete Generalstreikparolen zuvorzukommen. Man will nicht wieder überrumpelt werden und versucht, spontane Ausbrüche von vornherein zu zügeln. Zum Teil ist das bis jetzt gelungen.

... stärkte den linksunabhängigen Trend

Dennoch ist im Bürgertum das Misstrauen gegen die KPF gewachsen. Zwischen den Linksmanövern der KP-Führung zur Täuschung oder Beschwichtigung der eigenen Mitgliedschaft oder Mitläufer und echter Linksgefahr ist nicht immer leicht zu unterscheiden. Selbst im Kabinett Pompidou unter General de Gaulle waren die Meinungen über die eigentliche Rolle der KPF und der CGT geteilt. Ein Teil der gaullistischen Minister war vom «guten Willen» der KPF-Führung überzeugt, ein anderer Teil glaubte ebenso fest an revolutionäre Umsturzabsichten der KPF. De Gaulle selbst meinte, die KPF sei tatsächlich von den revolutionären Explosionen überrascht worden und habe sie zu bremsen versucht, sei «aber auf den

fahrenden Zug gesprungen», dessen Tempo sie nicht mehr kontrollieren konnte.

Gaullistische Regierungskreise, die via Sowjetbotschaft mit der KPF als staatserhaltenden Faktor gerechnet hatten, wurden von ihr «enttäuscht»; nicht von ihrem «guten Willen», wohl aber von ihrer Funktionsfähigkeit als «Bremse».

Seit die KPF-Führung infolge der allgemeinen Radikalisierung in der 5. Republik gleichfalls radikalere Töne anschlagen musste, ist sie, ohne es zu wollen, wieder «anrühig» geworden. Zugleich weiss das gaullistische Regime, dass es ohne KPF und CGT nicht auskommt, weshalb die Kulissenverhandlungen auch jetzt weitergehen.

Dabei gibt es auch jetzt innerhalb der gaullistischen UDR und selbst in der Regierung zwei Auffassungen: Die einen glauben an eine «kommunistische Gefahr» in Frankreich oder geben zumindest vor, daran zu glauben. Sie identifizieren Lohnstreiks und spontane Betriebsbesetzungen, die häufig ohne oder gegen den Willen der kommunistischen Führung stattfinden, mit einer «Umsturzverschwörung» der KPF. Die anderen hingegen sind überzeugt, dass die KPF und die CGT-Führung seit geraumer Zeit staats-erhaltend und salonfähig geworden sind und dass man mit ihnen diskutieren müsse, um ihre «nationale Entwicklung» zu fördern.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die KPF und damit auch die CGT im Hinblick auf eine gewisse «Rechtsentwicklung» oder verstärkte «europäische» oder «atlantische» Ausrichtung der Regierung Pompidou-Chaban-Delmas – zum Unterschied vom vorherigen Regime de Gaulle-Couve de Murville – eine neue taktische Wendung anbahnt. Die Hypothese ist nicht grundsätzlich auszuschliessen.

Bis jetzt unterscheidet sich die Aussenpolitik der Regierung Pompidou-Chaban-Delmas nicht wesentlich von der vorherigen Regierung; eine Aussöhnung mit Washington wurde schon von General de Gaulle anlässlich des Besuches Nixons in Paris eingeleitet. Entscheidend für die Taktik der KPF sind die weiterhin ausgezeichneten Beziehungen Paris-Moskau und nicht zuletzt auch das Tauwetter Washington-Moskau. Aussenpolitisch scheint also zurzeit für die KPF-Führung kein Grund vorzuliegen, einen radikaleren Kurs zu steuern.

Sie würde damit jedenfalls die nach links abgewanderten Funktionäre und Mitglieder nicht zurückgewinnen. Barjonet und seine Freunde fanden in der Parti Socialiste Unifié (PSU), einer während des Algerienkrieges von der SFIO abgespaltenen Partei – der eine Zeitlang auch Mendès-France angehörte – ein neues Tätigkeitsfeld. Diese PSU erlebt seit einem Jahr einen bemerkenswerten Aufschwung; ihr Präsident konnte kürzlich in Nachwahlen den Regierungskandidaten Couve de Murville mit 54 zu 46 Prozent schlagen und so ins Parlament gewählt werden.

Die «Überrundung» der KPF von links, nicht nur von einer in Frankreich ungewöhnlich starken ultralinken, ausserparlamentarischen und aus-

sergewerkschaftlichen Opposition, sondern auch von der linkssozialistischen parlamentarischen PSU, ist ein wesentlicher Faktor für die innere Krise der KPF.

Urs Engler

Zur Wahlkampfstrategie

Die siebziger Jahre, an deren Beginn wir stehen, werden uns Sozialdemokraten ohne Zweifel vermehrt Gelegenheit bieten, uns auf unsere Grundlagen zu besinnen, um einen klaren Kurs steuern zu können. Von ihm wird der Erfolg einer Partei in Zukunft wohl wieder vermehrt abhängen, und es ist daher unsere erste Aufgabe, die Profilierung unserer Partei voranzutreiben.

Daneben aber werden wir auch zahlreiche Wahlen zu bestehen haben, wo jeweils auch Oberflächlicheres und Vordergründigeres eine Rolle spielt, zum Beispiel die Wahlkampfstrategie. Zu ihr seien hier einige Gedanken geäußert.

Was wir nicht mehr wollen

Es ist nötig, schon hier deutlich zu sagen, was wir nicht mehr wollen, weil sonst das Folgende leicht missverstanden werden könnte.

Unter keinen Umständen darf auf den Wahllisten zu den früher üblichen Vorkumulationen zurückgekehrt werden, die alle übrigen Bewerber zu blossen Steigbügelhaltern degradierten. Auch die Übung, «bisherige» Kandidaten an der Spitze der Liste aufzuführen, stösst mit Recht auf vermehrte Ablehnung. Wenn wir im folgenden eine Personalisierung des Wahlkampfes fordern, so nicht, um einzelnen Potentaten zum Schaden der Partei eine starke Stellung zu verschaffen. Im Gegenteil: Im Vordergrund soll das Interesse der Partei stehen. Die Spitzenkandidaten werden allein nach diesem Gesichtspunkt bestimmt, und man erwartet von ihnen einen erhöhten Einsatz.

Es ist, wenigstens in Baselstadt, auffallend, wie wenig bei Proporzwahlen einzelne Kandidaten durch unsere Parteipropaganda hervorgehoben werden. Dies ist sicher richtig, wenn man an frühere Zustände denkt. Es fragt sich aber, ob eine bewusst gesteuerte vermehrte Personalisierung nicht nützlich wäre.